

Umkämpfte Deutungshoheit

»Neuer Antisemitismus«: Karin Wetterau über die »Abgründe einer politischen Kampagne«. **Von Matthias Reichelt**

Im Jahr 2010 veröffentlichte der israelische Historiker Moshe Zuckermann sein Buch »Antisemit. Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument«. Dieser Vorwurf trifft hierzulande in den letzten Jahren linke und auch viele jüdische Intellektuelle und Künstler, die die von der rechten Regierung in Israel betriebene Okkupations- und Enteignungspolitik in den besetzten Gebieten kritisieren. Inzwischen unterstellt man ihnen routiniert Antisemitismus oder definiert sie als »selbsthassende Juden« – mit ihnen, soll das heißen, stimme etwas nicht, weil sie die Politik der israelischen Regierung ablehnen.

Karin Wetterau rekapituliert in ihrem neuen und wichtigen Buch den Streit um die Definition des Begriffs Antisemitismus bzw. die Deutungshoheit über ihn und zeigt dabei auch, wie falsch Theodor Lessings problematischer Terminus des »selbsthassenden Juden« benutzt wird. Gemeint waren Anfang des 20. Jahrhunderts Juden, die aufgrund von Verfolgung und Ausgrenzung ihre jüdische Identität völlig ablehnten. Eine taugliche Kategorie ist das heute nicht mehr: Der Verein »Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost« wurde 2019 für sein Engagement mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet. Seine Mitglieder betonen bei ihrer Kritik an der israelischen Besatzungspolitik gerade ihre jüdische Identität.

Wetterau sieht im heutigen Streit um den Antisemitismusbegriff Parallelen zu den großen historischen Debatten in der Bundesrepublik wie der Fischer-Kontroverse und dem »Historikerstreit«. Wer die Auseinandersetzungen in den Feuilletons verfolgt, wird Wetterau darin nur zustimmen können. Allerdings schaltete sich hier das Parlament ein und beschloss im Mai 2019 mehrheitlich, der hierzulande unbedeutenden BDS-Bewegung entgegenzutreten. Ursprünglich hatte die AfD-Fraktion ein Verbot der BDS-Bewegung in Deutschland beantragt, wodurch die anderen Parteien unter Zugzwang gerieten. »Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen« (BDS) wurde 2005 von 170 palästinensischen Organisationen der Zivilgesellschaft gegründet und lehnt Gewalt ab. So verständlich es ist, die von BDS propagierte Boykottpolitik als Deutsche nicht zu unterstützen, so ist



Achille Mbembe bei der XXIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz (Berlin, 13.1.2018)

deren Einschätzung als antisemitisch nicht nur fragwürdig, sondern falsch, wie Wolfgang Benz, Gründungsdirektor des Instituts für Antisemitismusforschung an der TU, befand. Benz hat für das Buch ein Vorwort beigesteuert.

Die BDS-Bewegung sei nicht jüdenfeindlich, sondern empfehle ein politisches Mittel, um eine politische Absicht durchzusetzen. Es geht gegen die Politik des Staates Israel, aber nicht um Juden, wie Benz neulich im *Deutschlandfunk* ausführte. Auf der problematischen Gleichsetzung von Judentum und israelischem Staat, die die Diversität der Juden in Israel und in der Diaspora leugnet, beruht die deutsche Staatsräson, die die Sicherheit Israels garantieren will. Muss das aber den Schulterchluss mit der rechten Netanjahu-Regierung bedeuten? Sollte die Bundesregierung nicht deutliche Kritik an der fortgesetzten Besatzung üben, die Israels Sicherheit nicht dient, sondern eher bedroht? Angriffe aus dem Umfeld Netanjahus gegen BDS und das Jüdische Museum Berlin mit dem damaligen Direktor Peter Schäfer wurden hier durch eine breite Phalanx unkritischer Freunde der israelischen

Regierung eins zu eins befeuert. Kein bisschen Kritik regt sich dagegen bei Netanjahus Allianzen, etwa mit Bolsonaro, Viktor Orban, der AfD oder den ultrarechten US-Evangelikalen. An deren Beispiel zeigt Wetterau, dass Zionismus und Antisemitismus Hand in Hand gehen können.

Achille Mbembe, dem Theoretiker des Postkolonialismus, wurde aufgrund einer Nähe zu BDS (Kontaktschuld!) und seiner Sicht auf Israel, dessen kolonialistische Praxis er kritisiert, sofort Antisemitismus unterstellt. Von ihm wird die Übernahme der deutschen Perspektive verlangt. Das offenbart eine germanozentrische und paternalistische Haltung zugleich. Dagegen wenden sich viele Kulturinstitutionen mit ihrer Initiative »GG 5.3«, benannt nach dem Grundgesetzartikel, der die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre garantiert. Genau diese sehen zahlreiche und namhafte Institutionen und Personen bedroht. Karin Wetterau schildert viele besorgniserregende Vorkommnisse, die ein Klima von Angst, Opportunismus und Denunziation schaffen.

Auch auf der Linken gab es zweifel-

los Antisemitismus, etwa den Versuch eines Anschlags mit einem Brandsatz auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin 1969 oder die verblendete Täter-Opfer-Umkehr in einer Erklärung von Ulrike Meinhof zum palästinensischen Attentat auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München. Dennoch sind antisemitische Positionen dort eher die Ausnahme. Götz Aly deutete nicht nur im Titel »Unser Kampf« seiner 2008 erschienenen Abrechnung mit »1968« eine Kontinuität der Studenten zu der NS-belasteten Elterngeneration an und leugnet, dass die Naziverbrechen überhaupt eine Rolle bei den 68ern gespielt hätten. In dem Kapitel »Umkämpfte Erinnerung« widerlegt Wetterau diesen Unsinn, für den Aly sich in einer TV-Diskussion im selben Jahr geharnischte Kritik von Klaus Theweleit gefallen lassen musste. Das erste »Antisemitismus«-Seminar nach 1945 wurde, schreibt Wetterau, im Umfeld des SDS Anfang der 1960er Jahre organisiert.

■ Karin Wetterau: Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne. Aisthesis, Bielefeld 2020, 144 Seiten, 18 Euro

■ Neu erschienen Rotfuchs

Die monatliche »Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke« enthält u. a. eine Antwort des Bundestagsabgeordneten Alexander Neu (Die Linke) auf das »Diskussionsangebot« seines Fraktionskollegen Matthias Höhn: Dessen sicherheitspolitische Analyse gehe an der Realität vorbei. Hans Schoenefeld befasst sich mit dem »Werteregime des Westens und dem Fall Nawalny«, Ulrich Sommerfeld fragt: »Darf oder kann Olaf Scholz Kanzler?« Der indische Wirtschaftswissenschaftler Balwinder Singh Tiwana berichtet ausführlich über das Entstehen und den bisherigen Verlauf des Bauernaufstandes in Indien, der größten Bewegung dieser Art seit der Unabhängigkeit des Landes 1947. Heinz Pocher schildert die Auflösung der NVA im Jahr 1990, Bernhard Majorow schreibt zum Thema »Tschechen in der Konterrevolution«, Bringfried Werk über die DDR-Brigaden der Freundschaft in Asien und Afrika. Jürgen Lloyd schließt seine Untersuchung des Massenbewusstseins im Imperialismus ab. Friedrich Engels ist Bezugspunkt des zweiten Artikels von Elke Kopf zur Marx-Engels-Gesamtausgabe und eines Beitrags von Uli Jeschke zum Arbeitsbegriff in der DDR. (jw)

■ Rotfuchs, Februar 2021, 32 Seiten, kostenlos, Spenden erbeten, Bezug: Rainer Behr, Postfach 820231, 12504 Berlin, Tel.: 030/98 38 98 30, E-Mail: vertrieb@rotfuchs.net

Graswurzelrevolution

In der *Graswurzelrevolution* schreibt Johann Bauer über die »latente Bürgerkrieg« in den USA. Jakob Reimann analysiert die Eskalation in der Westsahara. Lou Marin erinnert an die Bewegung gegen den Golfkrieg 1991 und die »Anfänge des Antideutschtums«. Matthias Eickhoff schreibt über den nach einer Coronainfektion jung verstorbenen russischen Atomkraftgegner Raschid Alimow. (jw)

■ *Graswurzelrevolution*, Jg. 50/ Nr. 456, 24 Seiten, 3,80 Euro, Bezug: Verlag Graswurzelrevolution, Abo und Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, E-Mail: abo@graswurzel.net

Tag- und Nachtarbeiter

Eine Biographie des marxistischen Historikers Arnold Reiserberg

Heute sei Arnold Reiserberg (1904–1980) »so gut wie vergessen«, schreibt der österreichische Historiker Gerhard Oberkofler in seiner Biographie des aus Galizien stammenden Kommunisten, der in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens in der DDR gelebt und gearbeitet hat. Die Feststellung ist leider richtig. Um so mehr packt den Leser der Lebenslauf, den Oberkofler schildert. Exemplarisch spiegelt er Tragik und Selbstbehauptung des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert wider. Der Rechtswissenschaftler Hermann Klenner schreibt in der Einleitung: »Wer dieses Werk gelesen und dadurch Reiserbergs Leben miterlebt hat, kann nicht mehr, wenn er Sozialist war, schwach wer-

den und von seinen Überzeugungen lassen.«

Reiserberg wurde am 17. Februar 1904 in Boryslaw im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Galizien, der heutigen Westukraine, in einer jüdischen Familie geboren. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges flohen die Eltern nach Wien. Arnold studierte dort Geschichte, Geographie und Philosophie; 1928 erwarb er den Dokortitel. 1923 war er dem Kommunistischen Jugendverband beigetreten, ein Jahr später der KPÖ. Er leitete bald deren Propagandaabteilung und die 1932 in Wien eröffnete Marxistische Arbeiterschule (MASCH). Nach dem KPÖ-Verbot 1933 folgte das der MASCH Ende desselben Jahres. Nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstands

im Februar 1934 durch das Dollfuß-Regime wurde Reiserberg verhaftet und ausgewiesen. Die Sowjetunion nahm ihn und seine Familie auf. Er lernte in Moskau unter dem Namen Bruno Braun an der Internationalen Leninsschule. 1937 inhaftiert, blieb er bis 1946 im Straflager und ab 1949 weitere fünf Jahre in Verbannung. 1954 wurden die Urteile aufgehoben.

Weil Österreich ihn als »Polen« nicht aufnehmen wollte, übersiedelte Reiserberg 1959 in die DDR und arbeitete dort am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Er habe »Tag und Nacht« gearbeitet, schreibt Oberkofler angesichts einer Fülle von Publikationen und Aktivitäten. Schwerpunkte waren Leben und Werk Lenins, woraus 1977 die einmaligen

zwei Reclam-Bände mit Dokumenten aus dessen Leben hervorgingen, sowie die Debatte in der jungen KPd um die Einheitsfrontpolitik. Er erschloss dabei wichtige Quellen zu Grundfragen kommunistischer Politik.

Oberkofler hat seinem Band mehrere Originalbeiträge Reiserbergs beigegeben, die dessen Arbeitsweise zeigen: Nicht nur Tatsachen nennen, sondern »Tatsachenzusammenhänge« aufzeigen. Das trug ihm auch in der DDR manche Kontroverse ein, weil er Nicht- und Antileninisten nicht aussparte. Aber eben das lässt seine Arbeiten nicht veralten. Arnold Schölzel

■ Gerhard Oberkofler: Arnold Reiserberg. Jüdischer Revolutionär aus dem Königreich Galizien. Studienverlag, Innsbruck 2020, 184 Seiten, 19,90 Euro

SoZ

Bernard Schmid schreibt über die Kooperation von Gewerkschaften und Umweltverbänden in Frankreich. Sabine Leidig setzt sich mit der Straßenbaupolitik in der Bundesrepublik auseinander und fordert einen »Mietendeckel der Mobilität«. Inge Höger fragt sich, wie es kommt, dass mitten in der Coronapandemie weiter Krankenhausbetten abgebaut werden. (jw)

■ SoZ – Sozialistische Zeitung, Jg. 36/Nr. 2, 24 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: Verein für solidarische Perspektiven e.V., Regentstr. 57–59, 51063 Köln, E-Mail: redaktion@soz-verlag.de